— Der Magistrat soll auch mit einer Erhöhung der Hundesteuer umgehen.

**Hannover,** 19. Febr. (N.-Z.) Der gestrige Tag der Feier der silbernen Hochzeit des Königs Georg ist hier im Ganzen ruhig vorübergegangen, wenn auch eine gewisse Aufregung in den untern Volksklassen nicht zu verkennen war. Die bekannten Demonstrationen mit gelb-weißem Sande oder Papierschnitzeln vor den Hausthüren, das Aufstellen von Büsten oder Photographien der frühern Königsfamilie wurden, wenn auch nur in beschränktem Umfang, wiederholt, frühere hannöversche Soldaten zeigten sich mit ihren Langensalzamedaillen, Droschkenkutscher und Milchfahrer mit gelb-weißen Blumen, Kinder und einige ältere Frauenzimmer mit gelb-weißen Bändern. Abends war in den Straßen ein lebhaftes Treiben. Die Polizei hatte Anweisung, sich soweit es anging, jedes Einschreitens zu enthalten, und so ließ man denn auch die Lebehochrufe auf König Georg, das Lied: „Lustige Hannoveraner seien wir" ungehindert ertönen. Nur in einer der Hauptverkehrsstraßen entstand ein Auflauf von Gesellen und Arbeitern, welcher ein Einschreiten der Schutzmannschaft zur Folge hatte und 13 Verhaftungen veranlaßte. Ferner sind bei dem Senator Culemann, dem Trucker der „Neuen hannöverschen Zeitung", die Fenster eingeworfen worden. Im Saale des „Odeons" fand ein Bankett statt, das von etwa 730 Personen besucht war. Die Gesellschaft war eine sehr gemischte, Adlige mit ihren Damen in großer Toilette, darunter der ostfriesische Graf Edzard Knyphausen, Mitglied des Herrenhauses, der letzte hannöversche Hausminister, v. Malortie, der frühere Präsident des Schatzcollegs, v. Alten, mehrere nach hannöverschem Tarif pensionirte Offiziere, größere Kaufleute und Gewerbetreibende, sowie kleinere Handwerker. Um allen Inconvenienzen vorzubeugen, war über das Ausbringen der Toaste auf König Georg 2c. vorher vorsorglich Verabredung getroffen und ist so das Bankett ungestört spät in der Nacht zu Ende gegangen. Auch ein Glückwunschtelegramm mit der Adresse: An den König von Hannover, wurde nach Hietzing gesandt, doch war bis zum Schluß der Tafel keine Rückantwort eingetroffen.

**Kiel,** 18. Februar. Der Regierungspräsident Elwanger soll, der „Kiel. Ztg." zufolge, vor einigen Tagen nach Berlin berufen sein, um über die definitive Wahl des Regierungssitzes gehört zu werden. — Wie demselben Blatte aus Berlin mitgetheilt wird, fand am 15. d. M. daselbst eine Zusammenkunft der schleswig-holsteinschen Abgeordneten in der Denkmalsangelegenheit statt. Das Resultat der Berathung ist dahin zusammen zu fassen, daß man übereingekommen ist, die Einleitungen zur Errichtung eines Erinnerungsdenkmals an den ersten schleswig-holsteinschen Befreiungskrieg zu treffen, das seinen Platz an einer geeigneten Stelle innerhalb der Herzogthümer finden soll. Die Errichtung eines einfachen Denksteins auf dem Grabe des Generals Freiherrn v. d. Horst ist damit nicht ausgeschlossen.

**Frankfurt a. M.,** 20. Februar. (Fr. J.) In der gestrigen nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde in Bezug auf die beiden von den Senatoren v. Oven und Speltz jüngst an die Stadtverordneten gerichteten Schreiben und Verwahrungen ein Antwortschreiben beschlossen, worin den beiden Senatsmitgliedern die Ansicht der Stadtverordneten dahin kund gegeben wird, daß mit der desfallsigen Verwahrung die Stadtverordnetenversammlung sich nicht zu befassen habe; sie gehe nur die kgl. preußische Regierung an. Die Vertreter der Stadtgemeinde appelliren, unter Hinweis auf mehrere Paragraphen des Gemeindeverfassungsgesetzes, an das patriotische Gefühl der beiden Senatoren und sprechen die sichere Hoffnung und Erwartung aus, daß sie nicht mehr länger durch ihre Weigerung den Zusammentritt des Magistrats und die Regierung der städtischen Verhältnisse hinausschieben werden.

* **Neustrelitz,** 19. Februar. Die großherzogliche Regierung hat die Vollmachten der mecklenburgischen, für R. M. Sloman in Hamburg arbeitenden Auswanderungsagenten bis zur Beendigung der Untersuchung wegen der Vorfälle auf dem „Leibnitz" suspendirt. — Man schreibt den „Hamb. Nachrichten": Infolge einer Vereinbarung der strelitzischen mit der preußischen Regierung sind die Fürstenthum-Ratzeburgschen Enclaven im Herzogthum Lauenburg, nämlich Horst und die Vogtei Mannhagen in den Zollverein mit eingeschlossen worden. Dagegen befinden sich die Bewohner des zum Fürstenthum Ratzeburg gehörigen Domhofes in der Stadt Ratzeburg noch außerhalb der Zolllinie, und aus einer deswegen an sie ergangenen amtlichen Benachrichtigung darf man schließen, daß hierin erst bei dem Anschluß der beiden Großherzogthümer Mecklenburg eine Aenderung eintreten wird.

**München,** 20. Februar. Heute erschien folgendes Bülletin: „J. Maj. die Königin-Mutter hat den Tag nahezu ohne Schmerzen und den größern Theil der Nacht in ruhigem Schlafe hingebracht. Wegen stetiger Abnahme der Krankheitserscheinungen werden nur noch über den andern Tag als Sonnabend, Montag 2c. Bülletins aufgelegt. Dr. Gietl. Dr. Wolfsteiner." — Aus Nizza ist gestern Abend folgendes Telegramm über das Befinden Sr. Majestät des Königs Ludwig I. hier eingetroffen: „Nacht etwas unruhig. Fieber mäßig. Wanden nichts Abnormes. Schwäche nicht vermehrt: Zustand immer noch sehr ernst."

* **Stuttgart,** 20. Februar. Die Abgeordnetenkammer nahm in heutiger Endabstimmung das Finanzgesetz mit 74 gegen 14 Stimmen an. Danach stellt sich der dreijährige Staatsbedarf auf 63,700,000 Gulden, welche durch folgende Deckungsmittel ausgeglichen werden: 28 Millionen als Ertrag aus den Domänen, 30 Millionen aus der laufenden Steuer, 3 Millionen Ueberschuß aus der abgelaufenen Etatperiode und 1,530,000 Gulden, welche durch Steuerzuschlag aufgebracht werden sollen.

* **Wien,** 19. Februar. Heute Mittag fand die feierliche Renunciation Ihrer kaiserl. Hoheit der Erzherzogin Marie Therese von Oesterreich-Este statt. — Die Prinzen Ludwig (der hohe Bräutigam der Erzherzogin) und Leopold in Bayern sind vom Kaiser zu Rittern des Ordens vom goldnen Vließe ernannt worden. — Die Kriegsbudgetsection der Reichsrathsdelegation nahm das Marinebudget mit einem Abstrich von 347,000 Fl. an. — Bei der Berathung des Budgetausschusses der Reichsrathsdelegation über das Militärbudget beantragte Zigaly einen Abstrich von 7, Rechbauer von 4 Mill. Gulden. Skene beantragt, die Regierung zu einer Nachtragsforderung aufzufordern, da das Präliminare der Naturalverpflegung unzureichend sei. Allseitiger Widerspruch. Kriegsminister v. Kuhn fordert 5 Mill. Gulden über den Voranschlag. Große Bewegung. Der Finanzminister v. Becke, von Schindler interpellirt, erklärt, das Reichsministerium halte an der ursprünglichen Forderung fest. Kriegsminister v. Kuhn schwächt die frühere Aeußerung ab. Der Sectionsantrag wird angenommen. Diesem zufolge sind die Militärkanzlei des Kaisers, die Militärgestütsinspection und einige Armeeanstalten aus dem Budget des Kriegsministeriums auszuscheiden und in die Ressorts der betreffenden Ministerien einzureihen. Das Erforderniß der Landarmee für das Jahr 1868 im Gesammtbetrage von 79,490,000 Fl. wird nach Abzug der ausgeschiedenen Posten und nach dem in der Regierungsvorlage bezeichneten Generalabstrich mit 74,061,135 Fl. bewilligt, wogegen die eigenen Einnahmen der Militärverwaltung mit 6,352,700 Fl. präliminirt werden. Ferner wird eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Reorganisation des Landheeres und seiner Verwaltung noch vor Einbringung und Berathung des nächsten Staatsvoranschlages für das Armeeerforderniß als eine unabwendbare Nothwendigkeit bezeichnet und die Errichtung, resp. Vorlage eines Materialinventars sowie eines Inventars über die Militärgebäude sammt Zubehör gefordert.

**Wien,** 20. Februar. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation interpellirten Schindler und Genossen (wie bereits in einem Theile der Auflage gestern tel. mitgetheilt) den Reichskanzler darüber, welche beruhigende Aufklärung die Regierung über die Ertheilung von Pässen an Hannoveraner, sowie über die Festlichkeiten in Hietzing zu geben in der Lage sei. Reichskanzler Frhr. v. Beust erklärt sich zu sofortiger Beantwortung dieser Interpellation bereit, weil der Regierung daran gelegen, etwaige Beunruhigung zu verscheuchen. Zu einer Störung des Hietzinger Familienfestes habe weder eine äußere, noch eine innere Ursache vorgelegen. Alles sei geschehen, um die Feier innerhalb der Grenzen des königlichen Hauses zu halten. — Der Reichskanzler erklärte sodann auf das Allerbündigste, daß die „Wiener Abendpost" bezüglich der Paßangelegenheit die volle Wahrheit gesagt alle abweichenden Angaben seien unwahr. Se. Excellenz giebt hierauf eine actenmäßige Darstellung des Vorganges bezüglich der Paßertheilung, woraus erhellt, daß die Regierung sofort einschritt, als ihr Bedenklichkeiten auftauchten. Die österreichische Regierung — fuhr der Reichskanzler fort — bemühte sich stets, das gute Einvernehmen zu Preußen, selbst da, wo man Ursache zu Empfindlichkeit gehabt hätte, nicht zu stören; sie habe sogar Dank geerntet für ihre Friedensbestrebungen. Die österreichische Regierung hoffe, daß auch die gegenwärtige Mißstimmung nur eine vorübergehende sein werde, um so mehr, als sie (die Regierung) die Grenze der Gastfreundschaft sich gegenwärtig halte. Die Regierung werde nicht dulden, daß das mühsam aufgeführte Friedensgebäude durch unberufene und unerlaubte Thätigkeit untergraben werde; sie wisse, was sie dem Interesse und der Würde des Reiches schuldig sei. (Allgemeiner Beifall.)

Aus **Pesth** wird der „Deb." geschrieben: Von dem Augenblicke an, in welchem im vorigen Jahre das provisorische Uebereinkommen zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Finanzministerium bezüglich der Vertheilung der Geschäfte und der Regelung der Geldabfuhren abgeschlossen wurde, haben die Gegner Ungarns und des Ausgleiches beständig an dem Vertrage gemergelt und wiederholt die Befürchtung ausgesprochen, daß Ungarn seinen Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Auch während der Ausgleichsverhandlungen haben sich mehrere Wiener Blätter, welche damals noch verschämt centralistisch thaten, darin gefallen, die Steuerträger der westlichen Reichshälfte dadurch zu alarmiren, daß sie ununterbrochen behaupteten, Ungarn übernehme zu geringe Verpflichtungen und werde auch nicht einmal diese wirklich erfüllen. Wie unbegründet alle diese Besorgnisse und wie haltlos alle jene Behauptungen waren, beweist die Thatsche, daß, wie der nunmehr abgeschlossene Contocorrent darthut, in Ungarn seit Jahren die Steuern nicht so gut eingegangen sind, wie 1867, und zwar ohne daß die Anwendung von Executionen nöthig gewesen wäre. Auch die Abfuhren an die Centralkasse fanden niemals so regelmäßig statt, wie im verflossenen Jahre. Aber auch heuer schon hat Ungarn bereits sowohl im Januar als auch im Februar je eine Rate von 5 Millionen Gulden an das Reichsfinanzministerium bezahlt, und somit abermals den Beweis geliefert, daß es sein gegebenes Wort zu halten weiß, aber auch zu halten vermag. Auch die „ungarische Wirthschaft", über welche gewisse Wiener Oekonomisten und kleine Capitalisten so gern wegwerfend abzuurtheilen pflegen, scheint denn doch nicht gar so schlecht zu sein; denn die Verwaltung der ungarischen Staatsdomänen hat im Jahre 1867 ein überraschendes Ergebniß geliefert. Der Ertrag ist so hoch, daß man sogar gegen die Vorjahre von einer Zunahme um 50 bis 80 Procent wissen will.

**Agram,** 19. Februar. (Deb.) Alle Landesbehörden sind mit Statthaltereipräsidialerlaß angewiesen, jeden gegen die gegenwärtige Regierung Agitirenden, namentlich die Geistlichkeit, den Gerichtshänden zu überliefern.

* **Paris,** 19. Februar. Auch der „Constitutionnel" dementirt nun die Gerüchte über Aenderungen im Ministerium und in den Staatsinstitutionen, indem er sagt, daß diese Gerüchte nur von Blättern erfunden werden, welche die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen. — Die gestrige erste Aufführung des Dumas'schen Dramas „Kean" im Odeontheater gab Anlaß zu sehr bezeichnenden Demonstrationen. Die Zuschauer verlangten mit lauten Rufen die Vorstellung des „Ruy Blas", und bei jedem Wort, das man als Anspielung deuten konnte, wurde der Name Victor Hugo's genannt.

**Florenz,** 19. Februar. (Tel.) Die „Opinione" glaubt, daß die Zeitungsnachricht, Lamarmora werde als Gesandter nach Wien oder London gehen, unbegründet sei. — In der Deputirtenkammer wurde heute die Berathung des Finanzbudgets fortgesetzt. Der Berichterstatter der Commission schlug eine Mehrbewilligung von 20 Millionen zur Deckung des Ausfalls an den Goldzahlungen im Auslande vor. Ferraris sprach dagegen, daß alle Coupons sämmtlicher Anleihen ohne Unterschied im Auslande in Gold bezahlt werden sollen. Der Finanzminister bat die Kammer, über diesen Einwand zur Tagesordnung übergehen. Die Annahme des Vorschlags Ferraris' würde den Credit Italiens im Auslande ruiniren. Er erklärte sich aber auch gleichzeitig gegen das Verschleppen der Discussion. Ein solches würde gleicher Weise einen nachtheiligen Eindruck hervorbringen. Sella, Minghetti und Finzi verwarfen den Vorschlag Ferraris' als im Widerspruche mit Ehre und Gewissen der Nation. Es wurde darauf der Antrag auf Schluß der Discussion gestellt, aber nicht darüber abgestimmt, da die Kammer nicht mehr beschlußfähig war. — Die „Gazzetta d'Italia" meldet, der König habe die Offiziere der Armee begnadigt, die wegen Theilnahme an den Bewegungen auf dem römischen Gebiete mit Disciplinarstrafen belegt worden waren. Außerdem sollen jene Offiziere auf ihr Nachsuchen in die Armee wieder aufgenommen werden, welche aus denselben Beweggründen ihre Entlassung gegeben haben.

* **London,** 20. Februar. Eine königliche Commission ist niedergesetzt worden, um die Berichte über die Verhandlungen und Vorschläge der internationalen Conferenz zu prüfen, welche im vorigen Jahre in Paris unter den Auspicien der französischen Regierung über die Zweckmäßigkeit eines allgemein giltigen „internationalen Münzsystems" berathen hatte. — Gestern wurde im Unterhause die Bill wegen Verlängerung der Aufhebung der Habeascorpusacte in Irland in dritter Lesung angenommen.

— Vom Cap eingetroffenen Nachrichten zufolge ist der Krieg des Freistaates mit den Bassutos beendigt. Das gelbe Fieber war in der Capcolonie im Abnehmen begriffen. Ueber Livingstone sind weitere Nachrichten eingetroffen, welche die Hoffnung verstärken, daß derselbe sich am Leben und in Sicherheit befinde. Die Nachrichten aus England hatten den Wollhandel in der Colonie ungünstig beeinflußt.

**Kopenhagen,** 18. Februar. (H. N.) Der vom Conseilspräsidenten im Volksthing eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Apanage des Kronprinzen Friedrich von 25,000 Thlr. auf 60,000 Thlr. und die verlangte Summe von 20,000 Thlr. zur Instandsetzung des früher vom Landgrafen Wilhelm von Hessen bewohnten Palais auf Amalienburg, wird im Publicum natürlich allgemein mit den Gerüchten von der Verlobung des Prinzen mit der schwedischen Prinzessin Louise in Verbindung gebracht. Man glaubt, daß die Verlobung am 8. April, dem Geburtstage des Königs Christian IX., declarirt werden soll, welches dann abzuwarten sein wird. — Im Landsthing wurde heute die erste Behandlung des Freigemeindengesetzes fortgesetzt. Nach längerer Debatte wurde der Uebergang zur zweiten Behandlung mit allen gegen eine Stimme (Bischof Bindesböll) beschlossen, desgleichen die Niedersetzung eines Ausschusses von 9 Mitgliedern.

**Bukarest,** 18. Februar. (Deb.) Das neuerdings aufgetauchte Gerücht, betreffend das Project einer Vermählung zwischen dem Fürsten und der Prinzessin Leuchtenberg ist unbegründet. — Der Fürst hat nach Konstantinopel eine scharfe Beschwerde gerichtet, welche die alarmirenden Berichte gewisser türkischer Agenten in Betreff der Haltung der rumänischen Regierung betreffen und zugleich Nachweise über die Organisation des Insurrectionscomites in Bulgarien selbst geben.

**New-York,** 8. Februar. (Tel.) Der neue britische Gesandte Thornton ist gestern durch Seward dem Präsidenten Johnson vorgestellt und gut empfangen worden. Thornton versicherte den Präsidenten der Freundschaft der Königin, und sagte: die britische Regierung sei von tiefem Dank beseelt für die Sympathien, welche Bruce, sein Vorgänger im Amt, gefunden. Sein Streben werde es sein, die Freundschaft der beiden Völker zu befestigen. Johnson erwiderte: die Königin verdiene mehr als jeder andere Souverän die Achtung und die Sympathien des amerikanischen Volkes. Die wohlwollende Botschaft ermuthige ihn zu der Hoffnung auf eine baldige freundschaftliche Beilegung der zwischen beiden Regierungen bestehenden Streitigkeiten. Bruce habe sich der Achtung und Freundschaft von Regierung und Volk in Amerika erfreut. Dieselbe Achtung und dasselbe Vertrauen werde nun auf Thornton ausgedehnt werden.

## Landtagsverhandlungen.

### Zweite Kammer.

Sitzung vom 20. Februar.

(Schluß aus Nr. 43.)

Auf der Tagesordnung stand fortgesetzte Berathung des Berichts der Finanzdeputation (Ref. Abg. Müller-Chemnitz) über Abtheilung D des Ausgabebudgets, das Departement des Innern betr.

Bei Pos. 28 (Landes-, Heil-, Straf- und Versorganstalten) werden, unter gänzlichem Wegfall des frühern transitorischen Etats 321,500 Thlr. einmalig, gegen die vorige Bewilligung 21,850 Thlr. mehr gefordert. Der gesammte Mehraufwand, welcher jedoch mit 14,300 Thlr. durch höhere Veranschlagung der eigenen Einkünfte gedeckt wird, umfaßt 17,408 Thlr. für neue Dienststellen, 566 Thlr. zur Erhöhung einiger Remunerationen, 160 Thlr. für Fach- und technischen Lehrunterricht, 10,672 Thlr. Vermehrung des besondern Aufwands an Beköstigung, Bekleidung, Lagerstätten, durch Erhöhung der Kopfzahl in Hubertusburg und Kolditz, sowie durch Veränderung einiger Durchschnittssätze in den besondern Kosten, unter Compensation mit den dadurch gleichzeitig erzielten Ersparnissen, 2,980 Thlr. zur Unterhaltung und Nachschaffung von Inventarien, 1,880 Thlr. für Feuerung und Beleuchtung infolge Vermehrung der Kopfzahl, Erweiterung der Räume, Verbesserung bisheriger Einrichtungen, 2,334 Thlr. mehr durch Feststellung des sonstigen Aufwands bei den Anstalten auf den wirklichen Bedarf, 200 Thlr. mehr beim Dispositionsquantum des Ministeriums wegen Vermehrung der Hilfsarbeitskräfte infolge des Wachsens der Anstalten, 36,200 Thlr. gesammter Mehraufwand.

Die Deputation empfiehlt, Pos. 28 mit 321,500 Thlr. normalmäßig zu bewilligen und die der Staatsregierung bezüglich der für Epileptische bestimmten Station bei dem Landeskrankenhause zu Hubertusburg wiederholt ertheilte Ermächtigung, bei dem Landeskrankenhause zu Hubertusburg den Etat, da nöthig, mit 1200 Thlr. jährlich zu überschreiten, auch für die Finanzperiode 1868/69 zu ertheilen.

Bei der Debatte ergriff zunächst Abg. v. Schönberg das Wort: Aus der Ueberschrift der Position müsse das Wort: „Straf-" eigentlich weggelassen werden, da auch die Strafanstalten als reine Versorganstalten ihm erschienen, zumal man jetzt die doppelfarbige Kleidung und die Strafschärfungen abschaffen wolle. Auf diese Weise würde man mit dem jetzigen Postulate nicht lange auskommen, bei einem Nothstand werde Jemand lieber ein kleines Verbrechen begehen, um in eine solche Anstalt zu kommen. Redner weist sodann nach, wie wenig in den Anstalten verdient werde, und von einem Ueberverdienste könnte da keine Rede sein. Ob das jetzige Princip der Milde richtig sei, überlasse er dem Urtheile der Kammer. In Waldheim habe sich vor nicht langer Zeit ein Sträfling an dem Geistlichen und dem Director thätlich vergriffen. Verfahre man nur mit Milde, so verfehle man sicher das Ziel.

Abg. v. Salza lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ausstellung von Vertrauenszeugnissen an entlassene Sträflinge hin. Er habe die Erfahrung gemacht, daß Letztere, welche unter keiner polizeilichen Controle ständen, bald wieder eingeliefert würden. Dies habe ihn auf den Gedanken gebracht, daß man bei den Erörterungen, die der Ausstellung dieser Zeugnisse vorherzugehen hätten, nicht mit der wünschenswerthen Sorgfalt zu Werke gehe.

Abg. v. Nostitz: Von den mit Vertrauenszeugnissen Entlassenen erhalte die Behörde zwar keine Kenntniß, könne also auch keine Controle über dieselben ausüben; wie in allen Dingen aber, so sei gerade bei entlassenen Sträflingen Controle am Platze.

Regierungscommissar geh. Regierungsrath v. Zahn: Ein näheres Eingehen auf die gemachten Vorwürfe zu großer Milde und Humanität würde zu einer Discussion über die Hauptprincipien des Strafvollzugs führen; hierüber sich mit wenigen Worten zusammenzufassen, könne von der Regierung nicht verlangt werden. Der gedachte Vorwurf sei darauf begründet worden, daß doppelfarbige Kleidung und die Strafschärfungen in Wegfall kommen sollten. Beides liege heute nicht vor, sondern sei in einer Justizvorlage enthalten; hier wolle er nur soviel bemerken, daß, wenn man glaube, daß die Wirkung von der doppelfarbigen Kleidung abhänge, eine große Zahl von Strafanstalten der Welt ihr Ziel verfehlten. Was den Ueberverdienst anlange, so sei diese Einrichtung getroffen, um den Arbeitern einen Neuen Sporn zu geben, müßten sie immer umsonst arbeiten, dann würde ihre Kraft schneller erschlaffen. Nur wenn ein Sträfling über das Pensum, das nicht niedrig bemessen sei, arbeite, erhalte er eine kleine Vergütung. Was den speciell erwähnten Waldheimer Fall anlange, so habe der betreffende, den Strafgerichten aller Instanzen bekannte Sträfling beim Eintreten in die Kirche sich der Aufsicht augenblicklich zu entziehen gewußt und dem Katecheten mehrere Schläge versetzt. Das Verbrechen sei allerdings ein schweres und sei der Cognition der Justizbehörde nicht vorenthalten worden. Aus diesem Vorkommniß dürfe man aber nicht schließen, daß in Waldheim übergroße Milde geübt werde. In Betreff der Vertrauenszeugnisse führte Redner an, daß in Waldheim 1862: 30, 1863: 54, 1864: 22, 1865: 32 und 1866: 20 ausgestellt worden seien, ebenso habe sich auch in Zwickau deren Zahl in den letzten Jahren vermindert. Dies beweise, daß die Anstaltsdirectionen bei dem schwierigen Geschäfte die gemachten Erfahrungen berücksichtigt hätten. Dadurch, daß die mit Vertrauenszeugnissen Entlassenen einer beson-

---

hat der vorausgehende Theil der Wolke einen größern Widerstand zu überwinden, als der nachfolgende: die Molecüle nähern sich daher einander, und dies Zusammendrängen derselben setzt sich unaufhörlich fort, da unaufhörlich der Eintritt in dichtere Luftschichten stattfindet. Reibung und Druck verursachen Erhitzen, Erglühen, Verschmelzen der dicht zusammengedrängten reflectirenden Molecüle, worauf nicht selten Aufflammen und Zerspringen folgen. Auf dem Wege von mehr als 4000 Meilen unaufhörlichen Widerstandes muß die ursprünglich der Wellenstaubwolke eigenthümliche planetarische Geschwindigkeit sich bedeutend verringern, und sie kann unter Umständen gänzlich vernichtet werden. Da das Meteor (vom 30. Januar 1868) bei seinem Gange in der Erdatmosphäre annähernd die Richtung des Laufes der Erde hatte, so läßt sich annehmen, daß im Momente des Zerspringens nur die Explosivkraft und die Erdattraction den Impuls zu der Richtung und Geschwindigkeit gaben, welche die Bruchstücke der Bolide hatten. Aus einer Höhe von 8 Meilen gelangt ein (geradlinig) freifallender Körper in 1 Minute 51 Secunden zur Erdoberfläche und durchfällt in der letzten Secunde 3453 Fuß. Der Schall legt einen Weg von 8 Meilen in 3 Minuten zurück. — Auf zwei häufig bei Beobachtungen vorkommende Täuschungen will ich hierbei aufmerksam machen: 1) der ungeübte Beobachter hält die Dauer von Erscheinungen gewöhnlich für viel länger als sie in der That ist, und 2) die Abschätzungen der Höhen unmittelbar über dem Horizont geben, bei Mangel an Uebung, gewöhnlich zu viele Grade zur Bezeichnung dieser Höhen an.

Dr. A. Drechsler.

* Dem Berliner „Fr.-Bl." ist in Sachen des kgl. Kammersängers Niemann folgende Zuschrift des Generalintendanten der königl. Schauspiele, v. Hülsen, zugegangen:

„In Bezug auf die Bemerkung, welche die Redaction in der Niemann'schen Angelegenheit bringt, sehe ich mich zu folgender Erörterung veranlaßt. Der ‚Bühnenverein' kann niemals den Zweck haben, mit einer Majorgel Bühnenvorstände rückwirkend zu schädigen. Alle Bühnen, welche mit Herrn Niemann vor seinem Contractbruch abgeschlossen, müssen den mit ihm stipulirten Contract unbedingt halten, also auch die königl. Bühne zu Berlin, da sie dem Genannten hierzu verpflichtet ist, wie er ihr. Es steht daher dem Auftreten des Herrn Niemann auf der hiesigen königlichen Bühne, sowohl im März und April, als auch im September und October, auf die Dauer der mit ihm contractlich festgesetzten Zeit nichts hindernd im Wege. Außer dieser Zeit jedoch darf die Generalintendantur ihn nicht auftreten lassen. Uebrigens ist zu hoffen, daß in den nächsten Tagen von Dresden aus die Entlassung des Künstlers von seinem Contractbruch erfolgen werde. Berlin 1868. Generalintendant der königlichen Schauspiele v. Hülsen."

† Wie aus London geschrieben wird, theilte in der letzten Sitzung der dortigen geographischen Gesellschaft der Präsident derselben, R. Murchison, mit, daß Livingstone entweder den Weg auf Zanzibar zu genommen oder sich nordwärts gewandt habe, um die Aequatorialgegenden Afrikas zu durchschneiden und so den Nil zu erreichen. Sollte er den letztern, durch manche Hindernisse erschwerten Weg eingeschlagen haben, so werde die geographische Gesellschaft, sobald sie hiervon Kenntniß erlangt, der Regierung den Antrag stellen, sie möge, in Verbindung mit dem Vicekönige von Aegypten, eine Expedition ausrüsten, welche Livingstone entgegengehe und ihn von den ihn etwa umgebenden Hindernissen befreie.

† Die 15. Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure wird vom 1. bis 4. September d. J. in Hamburg stattfinden.